



ISDS-Fälle von WEF "Industriepartnern"

- Der Kraftwerksbetreiber Vattenfall verklagt Deutschland auf über 4 Milliarden Euro, nachdem die deutsche Regierung den Ausstieg aus der Kernenergie ankündigte.
- Vattenfall hatte Deutschland schon mal verklagt, nachdem das Hamburger Umweltamt Qualitätskontrollen für die aus einem Vattenfall-Kraftwerk in den Fluss geleiteten Abwässer verhängt hatte. Vattenfall behauptete, dass diese Standards das Investitionsprojekt unrentabel machten. Auf der Grundlage der ISDS-Bestimmungen forderte das Unternehmen von Deutschland eine Entschädigung in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. Der Fall wurde schließlich beigelegt, als die Stadt Hamburg zustimmte, die zuvor festgelegten Umweltauflagen wieder zu senken.
- Chevron verklagt Ecuador wegen des Versuchs, das Unternehmen für die verheerenden Umweltauswirkungen und die Umweltverschmutzung durch den Bergbau in der Amazonasregion bezahlen zu lassen.
- Glencore verklagte die kolumbianische Regierung wegen der Einschränkung des Ausbaus eines umweltbelastenden Kohletagebaus.
- Engie verklagt Ungarn, nachdem die Regierung die Steuern auf ausländische Energieunternehmen erhöht und versucht hat, die Preise für die Verbraucher zu senken.
- Mobil verklagt die kanadische Regierung, nachdem die Provinz Newfoundland versucht hatte, einen Prozentsatz der Gewinne aus der Offshore-Gasförderung in Forschung und Entwicklung in der Region zu re-investieren.
- Total verklagt Uganda, nachdem die Regierung den Kauf von Ölförderanlagen besteuert hat.
- Die Scotia Bank verklagt Argentinien auf über eine halbe Milliarde Dollar für Maßnahmen, die während der argentinischen Finanzkrise 2002 ergriffen wurden.
- Mercuria, ein Schweizer Rohstoffhändler, verklagt Polen via einer zypriotischen Tochtergesellschaft wegen der Umsetzung einer EU-Richtlinie zu obligatorischen Kraftstoffreserven, die ihrer Meinung nach ihre Gewinne negativ beeinflusst hat.
- Shell verklagt die Philippinen über eine niederländische Tochtergesellschaft namens "Shell Philippines" wegen Versuchen der Regierung, Offshore-Gasförderer dazu zu bringen, ihren gerechten Anteil an der Steuer zu zahlen.



www.anders-handeln.at

- Die Credit Suisse und Standard Chartered verklagten die indische Regierung wegen "mangelndem Schutz von Anlegerkrediten".
- Siemens hat Argentinien verklagt, weil es einen Vertrag über ausgelagerte öffentliche Dienstleistungen nach weitreichenden Misserfolgen gekündigt hat. Siemens erhielt über 200 Millionen US-Dollar.
- Novartis drohte 2016 damit, ISDS zu nutzen, um die kolumbianische Regierung davon abzuhalten, durch Zwangslizenzen ein lebensrettendes Leukämiemedikament besser zugänglich zu machen. Das Medikament, das Novartis einen Umsatz von über 45 Milliarden Euro eingebracht hat, wurde in Kolumbien für über 15.000 US-Dollar pro Patient und Jahr verkauft; das ist doppelt so viel wie das durchschnittliche Einkommen eines Kolumbianers.
- Der Lebensmittelhersteller Cargill, verklagte die mexikanische Regierung wegen der Einführung einer Steuer auf Getränke mit fruktosereichem Maissirup. Die Steuer war ein Versuch, die sich zuspitzende Diabetes- und Adipositas-Krise des Landes anzugehen - die zweithöchste in der OECD nach den USA. Cargill nutzte ein ISDS-Verfahren unter Nafta, um über 70 Millionen Dollar Schadenersatz aus dem mexikanischen Staatshaushalt zu erhalten. Auf dem WEF 2018 verpflichtete sich Cargill, "die Macht der Nahrung zu nutzen, um soziale Ungleichheit zu bekämpfen".
- Dow Chemical verklagte Kanada, nachdem Quebec die Herstellung und den Verkauf von schädlichen Pestiziden verboten hatte. Dow Agrosiences erklärte die anschließende Einigung für einen Sieg, und Kommentatoren stellten fest, dass der Fall andere Regierungen davon abhalten könnte, mit ihren eigenen Pestizidverboten fortzufahren.